Mikrofon wurde umkämpft, Ruhr Anzeiger Bochum, 7.12.68

Mikrofon wurde umkämpft

Über vier Stunden zog sich das dritte „Teach-in" der Studentenschaft hin

Mit zunehmender Dämmerung schwand die Diskussionsbereitschaft. Was noch mit um Sachlichkeit bemühten Argumenten begonnen hatte, endete in gegenseitigen polemischen Angriffen, erschöpfte sich in ständigen Anträgen zur Geschäftsordnung: Nach mehr als fünfstündiger Dauer wurde das in diesem Semester dritte „Teach-in" der Studentenschaft vertagt.

In der überfüllten Mensa (Hunderte lagerten zwischen den Tischreihen) sorgten weit über 1000 Studenten für ein Kuriosum. Sie forderten, was die zweite Universitätsvollversammlung vor einer Woche mit Mehrheit abgelehnt hatte: ob im Januar die Ruhr-Universität bestreikt wird, soll von einer vorherigen Urabstimmung aller Studenten abhängig gemacht werden.

Gemüter schieden sich

Grundsätzlich einig waren sich die einzelnen politischen Gruppen darin, daß die Öffentlichkeit bei allen universitären Entscheidungsgremien eingeführt, Alternativen zum jetzigen Lehrbetrieb entwickelt werden müssen. Aber an der Frage, wie diese Ziele zu verwirklichen seien, schieden sich die Gemüter.

„Unerwachsen . . ."

Dem Argument der AStA-Vertreter, die einen Streik für notwendig halten, um ihre Reformabsichten gegenüber den Professoren durchsetzen zu können, hielt ein Student des Essener Klinikums entgegen: „Ich habe viele Universitäten kennengelernt, aber an keiner benimmt man sich so unerwachsen und unfair."

Manipulierte Meinungen

Linke wie Rechte, AStA wie oppositionelle Gruppen warfen sich gegenseitig vor, Meinungen zu manipulieren, undemokratisch zu handeln. Redner wurden niedergeschrien, Sprechchöre ertönten („Urabstimmung!" oder „Brecht den rechten Terror!"), das Mikrofon wurde umdrängt, zeitweise umkämpft.

Vermittlung abgelehnt

Ein als Vermittlungsvorschlag bezeichneter Antrag des Vorsitzenden der Assistentenschaft, Westphalen, wurde durch „Hammelsprung" abgelehnt. Westphalen hatte die grundsätzliche Öffentlichkeit sämtlicher Gremien gefordert, einen Streik aber nur dann als sinnvoll akzeptiert, wenn die Reformvorschläge auf Grund der in den Satzungen vorgesehenen Möglichkeiten nicht verwirklicht werden können.